

16,5 Milliarden Euro für wertlosen Strom – Streit über Wind- und Solar-Subventionen eskaliert

geschrieben von Andreas Demmig | 5. Mai 2026

Mit freundlicher Genehmigung von blackout-news,

2025 flossen nach der Jahresabrechnung der Stromnetzbetreiber 16,5 Milliarden Euro Subventionen an Betreiber von Wind- und Solaranlagen, obwohl Strom in vielen Stunden kaum noch Marktwert hatte, teils verschenkt wurde oder wegen Netzengpässen gar nicht erzeugt werden konnte. Auslöser ist das Fördersystem mit festen Einspeisevergütungen über 20 Jahre, das auch dann zahlt, wenn mittags zu viel Solar- und Windstrom gleichzeitig ins Netz drückt. Das Risiko liegt deshalb im Überangebot bei Sonne und Wind, während in anderen Stunden teure Importe nötig werden. Die Folgen tragen Mieter, Autofahrer und Betriebe, die über CO2-Preis, Heizkosten, Kraftstoffpreise und hohe Stromkosten zusätzlich belastet werden. Zugleich wächst der politische Streit, weil Reformideen sofort auf Widerstand aus SPD und Grünen stoßen (netztransparenz: 10.03.26).

Wie das Fördersystem Milliarden für Überschussstrom auslöst

Betreiber von Wind- und Solaranlagen erhalten je nach Anlage 6 bis 12 Cent pro Kilowattstunde. Fällt der Börsenpreis darunter, gleicht der Staat die Differenz aus. Genau das passiert jedoch besonders oft dann, wenn mittags sehr viel Solarstrom und zugleich Windstrom eingespeist werden.

Dann sinkt der Strompreis in Richtung Null, während die feste Vergütung weiterläuft. Der Staat stützt damit Strom, der in diesem Moment kaum gebraucht wird. Deshalb landet ein Teil der Mengen im Ausland, oder Netzbetreiber greifen ein und regeln Anlagen ab. Selbst dann fließt weiter Geld, denn Betreiber erhalten 95 Prozent der EEG-Vergütung auch für Strom, den sie in dieser Lage gar nicht erzeugen.

Extreme Preissprünge verschärfen die Belastung

Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, kippt die Lage schnell. Dann muss Deutschland teuren Strom importieren, während der Preis leicht auf 20 bis 40 Cent pro Kilowattstunde steigen kann. Das zeigt einen harten Gegensatz, denn auf Stunden mit wertlosem Überschuss folgen Phasen mit knapper und teurer Versorgung.

Die Kosten tragen nicht nur private Haushalte, sondern außerdem Vermieter, Autofahrer und die Industrie. Kritiker sprechen deshalb von einer milliardenschweren Umverteilung zugunsten kapitalkräftiger

Investoren in Wind- und Solarparks. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche denkt daher über Korrekturen nach. Doch aus SPD und Grünen kam sofort Widerstand. Nina Scheer warnte, eine Reform würde „den Ausbau der Photovoltaik massiv ausbremsen“. Katrin Uhlig sprach sogar von einem „Angriff auf das Erfolgsmodell der Energiewende“.

Atomkraft, Kohle und Fracking rücken wieder in den Fokus

Gerade wegen dieser Kosten wächst der Druck auf die Energiepolitik. Kritiker fordern deshalb eine neue Debatte über den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken, über die Aufhebung des deutschen Fracking-Verbots von 2017 und über das Ende des Kernenergieverbots. Ihr zentrales Argument lautet, dass Deutschland verlässliche Leistung braucht und nicht nur wetterabhängige Einspeisung.

Dabei verweisen sie auf frühere politische Antworten auf Versorgungskrisen. Helmut Schmidt setzte nach den Ölkrisen auf einen massiven Ausbau der Kernenergie, während Friedrich Merz heute widersprüchlich wirkt. Einerseits sagte Merz beim Neujahrsempfang der Wirtschaft in Halle im Januar 2026, der Ausstieg aus der Kernenergie sei „ein schwerer strategischer Fehler“ gewesen und die Energiewende sei „die teuerste und ineffizienteste der Welt“. Andererseits erklärte er zur heutigen Lage: „Ich bedaure das, aber es ist so, und wir konzentrieren uns jetzt auf die Energiepolitik, die wir haben.“ Auch Ursula von der Leyen bezeichnet die Abkehr von der Atomkraft inzwischen als strategischen Fehler, obwohl sie den Ausstieg 2011 als Mitglied der Bundesregierung unterstützte. Kritiker sehen darin ein Symbol für eine Energiepolitik, die hohe Kosten erzeugt und zugleich die industrielle Basis Deutschlands schwächt.

<https://blackout-news.de/aktuelles/165-milliarden-euro-fuer-wertlosen-strom-streit-ueber-wind-und-solar-subventionen-eskaliert/>